

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1047. Gedruckt von 7 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postfach: 1019/1918.

Schriftleitung: Halle (Saale), Burg 42-44. Fernruf 1045. Druckzeit: Nur wochentags von 12 bis 1 Uhr mittags.



# Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 1,75 RM., vierteljähr. 5,25 RM.; durch die Post bezogen monatl. 1,75 RM., ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Montag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, spätere tags vorher.

Anzeigenpreis: 20 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 60 Pf. für Zeile, einschließlich an den druckfertigen Textteilen.

## Hege und Putsche.

### Krieg gegen die ober-schlesischen Arbeiter? Angebllicher Einfall polnischer Banden.

Arbeitszwang für die Arbeiter!

Einer Meldung des W. Z. W. zufolge versuchten in Oberschlesien an verschiedenen Orten polnische Banden die Genossenschaft zu zerschlagen und das deutsche Militär zu entmannen. In Kaprokan, Lichan und Mittel-Rasitz scheint ihnen das gelungen zu sein, während im Südteil Oberschlesiens die Angriffe erfolglos blieben. Eine deutsche militärische Aktion soll bereits eingeleitet sein.

Man hat also einen Vorwand gefunden, um das ober-schlesische Streikgebiet in ein großes Heerlager für Kosaken zu verwandeln. Inwiefern die Nachrichten über polnische Raufzüge mit den Tatsachen übereinstimmen, bleibt abzuwarten. Die Meldung, die davon berichtet, trägt deutlich einen tendenziösen Stempel. Nach demgemäßen raffinierten Hegept wird die wenig tatsächliche Meldung mit Nachrichten von dem, was alles noch projiziert ist, um auf diese Aktion vor dem Auge des weniger schärfen Zeitungslesers ein Bild aller Schrecken vorzuzeichnen. So wird ausgerechnet das Wolff-Bureau, daß für heute nicht ein allgemeiner Aufstand in ganz Oberschlesien geplant war, nach besten Durchführung polnische Gattler-Gruppen einrücken sollten.

Mit unerbittlicher Frechheit wird in dem gleichen Telegramm nachfolgend: „Mit Bestimmtheit geht aus dem vorgehenden Material hervor, daß auch der allgemeine Arbeiterstreik mit dem Blau der ober-schlesisch-polnischen Organisation zusammenhängt. Es wird also daß der unerhörte Versuch gemacht, die Streikenden in Oberschlesien als die Werkzeuge der polnischen Kutschken hinzustellen. Der Plan ist zu plump angelegt, als daß ihn die Arbeiter nicht von vornherein durchschauen. Voll Einigkeit und Beschlossenheit stehen sie im Streik. Die Regierung kann und will ihre Macht nicht dazu benutzen, einen genügenden Druck auf die Internierten auszuüben, um durch deren Angeben den Streik zu beenden. Und auch sie selbst treibt eine Politik so ungeschickt, wie sie eben nur deutschen Militärs möglich ist. Statt durch ungeschickte Arresten und Eingehen auf die Wünsche der polnischen Kutschken in Oberschlesien zu versuchen, sich die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben, die Deutschland bei der bevorstehenden Volksabstimmung doch wieder zugute kämen, setzt sie die alte Polenpolitik Preußens in noch größerem Maße fort.

Die Arbeiter streiken, um die Aufhebung des Belagerungsstandes, die Entlassung der politischen Gefangenen, die Zurückziehung des Militärs, die Inbetriebnahme der stillgelegten Werke und eine allgemeine Lohnzulage zu erlangen. Die Erfüllung dieser Forderungen liegt zum größten Teil auch im Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft. Statt ihre Pflicht zu erfüllen und mit allem Nachdruck für die Erfüllung der wegen berechtigten Forderungen der ober-schlesischen Bergleute einzutreten, versucht die deutsche „sozialistische“ Regierung den Streik mit Zwang zu beenden. Und jetzt schickt sie Militärs!

Bereits seit Beginn des Streiks laucht in der Presse immer wieder die Meldung auf, daß der ganze Streik nur die Folge „ungeschicklicher Exzesse“ sei. Das hat wohl aber wegen der lächerlichen Wiederholung solcher Meldungen doch nicht die genügende Wirkung getan. Jetzt muß man größere Stellen aufsuchen und schließlich schländeln, daß der Streik eine abgekartete Sache mit den polnischen Kutschken sei. Für Zweifel — Aber der „Grund“ ist nun von der Presse gefunden, was das Aufgebot des Militärs bezeugen kann. So wird in Oberschlesien bald Kriegspolizei erdienen und die Arbeiter bald „zur Nation“ gebracht sein.

Wohu eine militärische Besetzung eines Streikgebietes notwendig führen muß, zeigt eine Meldung, nach der bereits auf der Wps. 1019/1918 bei einem Zusammenstoß zwischen Militärs und der Bevölkerung 12 Todesopfer zu beklagen sind, darunter ein 13jähriger Knabe und eine junge Arbeiterin.

### Verhängung des Arbeitszwanges!

Das Regierungsorgan Norddeutsches verkündet mit geschwollener Prunk:

Die Streiflinge in Oberschlesien hat sich bis gestern nicht verändert. Für heute aber mit einem Zusammenstoß des Streiks zu rechnen sei. Die Verhängung des Arbeitszwanges für heute heute bevor. Gegen alle Streikenden, die heute die Arbeit nicht aufnehmen würden, würden die härtesten Maßnahmen ergriffen.

Diese Nachricht läßt das Schlimmste befürchten. Der Arbeitszwang soll verhängt und seine Durchführung anscheinend von Kosaken erzwingen werden. Das hat zu speyerischen Zusammenstößen führen kann, ist vorauszusetzen.

Die Regierung sollte doch endlich wissen, daß alle ihre Mittel, die Verhängung des Arbeitszwanges und schließlich Anwendung von Waffengewalt, mit denen in diesem Kampf die Kapitalisten Deutschlands unterstützt werden, nicht geeignet sind, den Siegeszug des Sozialismus aufzuhalten. Durch die Einseitigkeit aber, mit der sie sich in diesem Kampf gegen die Arbeiter erklärt, leistet sie dem einzigen Remedium eine einseitige Front des Prekariats herzustellen, die besten Dienste. Denn Vorgänge wie in Oberschlesien werden ihr Ziel dazu beitragen, die Arbeiter zum Teil leben zu machen.

## Roske gegen den Geist.

Der Roske haßt den Geist, wie ihn nur ein bruchstückhafter Unteroffizier haßen kann, deshalb bereitet er den Kampf mit geistigen Waffen und organisiert den Kampf der brutalen Genossenschaft. Er unterdrückt die oppositionelle Presse, er verläßt die Kämpfer des Geistes. Seine Unterdrückung des Organs der Berliner Arbeiter-Räte, Der Republik, ist ein Exempel. Wie Roske aber sonst noch die freien Geister zu unterdrücken zu können. Lebt folgendes Schreiben, das der Mitbegründer der Republik, Wilhelm Herzog, an den Präsidenten der Nationalversammlung gerichtet hat:

An den Präsidenten der Nationalversammlung

Herrn Heinrichs, Weimar.

Herr Präsident! Der Reichswehrminister Roske hat in der Sitzung vom 28. Juli 1919, um das Dauerverbot der Tageszeitung der deutschen Arbeiter-Räte: Die Republik, zu rechtfertigen, folgendes geäußert:

„Ich halte es für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, einer Anzahl Leuten, die revolutionäres Herz eben erst entdeckt haben und nun politische Geschäfte machen wollen, indem sie die Bewegung, die im deutschen Volk steht, in solcher Weise auszunutzen, entgegenzutreten.“ Nach einem anderen Bericht hat er im Zusammenhang mit dem Verbot der Republik von uns als „Aussieger der Revolution“ gelobt.

Es ist mir nicht möglich, Herrn Roske an der Stelle, die er aus der seine Beschuldigungen gegen mich anführt, zu antworten. Kraft einer Macht als Oberbefehlshaber in den Marken und Reichswehrminister hat er seit sechs Wochen das Organ unterdrückt, in dem allein ihm die gebührende Antwort zu geben wäre. Ich darf deshalb wohl von Ihrem Rechtsgefühl voraussetzen, daß Sie einen bösen Verdacht gegen infame Weibschlingen fassen werden. Auch Sie werden erkennen, mit welcher Leichtfertigkeit gegen einen deutschen Schriftsteller und einen Minister unüberprüften Verleumdungen geäußert werden können.

Ich stelle fest: Die von mir seit April 1914 herausgegebene Zeitschrift: Das Forum, wurde vom ersten Tage des Krieges von den militärischen Behörden unter Präventivmaßnahme gestellt, wegen ihrer feindseligen Haltung verlor sie unanständig gemahnt, verurteilt und schließlich am 14. September 1915 durch Erlass des bayerischen Kriegsministeriums verboten. Wegen ihrer — wie es in der Verfügung hieß — „an den Tatbestand des Landesverrats grenzenden unheilvollen Wirkung“.

Herr Roske, als früherer Reichswehrminister, ist diese Tatsache natürlich bekannt, zumal sein Parteigenosse Wolfgang Dörner während des Krieges im Reichstage gegen diese Vergeßlichkeit protestiert und sich für die Aufhebung des Verbots eingesetzt hat. In der Reichstags-Sitzung vom 11. Oktober 1917 kämpfte noch Herr Dörner gegen die Genetmaßnahmen der Militärzensur mit diesen Worten:

„Dann die Dauerverbote von Zeitschriften. Das Forum, herausgegeben von Wilhelm Dörner, einem unserer feinsten Publizisten, ist seit dem Sommer 1915 vollständig unterdrückt. Die Zeitschrift hat keinen Sachgehalt, der nicht von der Regierung genehmigt worden wäre. Trotzdem ist sie nachher verboten, weil ihr ganzer Weltgeist Menschen der Geistlosigkeit zuwider war.“

Wenn also Herr Roske mich der Offenlichkeit gegenüber als einen Menschen hinstellen will, der sein „revolutionäres Herz eben erst entdeckt habe und nun politische Geschäfte machen wolle“, so spricht er bezeugt die Unwahrscheinlichkeit, verächtlich einen politischen Gegner niedriger Bestimmung und sucht ihm die Ehre abzusprechen.

Die Zeitung Republik, im November 1918 durch die Opfermilitarität eines Idealisten gegründet, hat bei ihrem Verbot natürlich nicht nur nicht einen Pfennig Opfer einbezahlt, sondern konnte nur durch außerordentliche Opfer außerordentlicher Weise den Verbot überwinden. Die Romane in den Besitz der Berliner Arbeiter-Räte übergebenen ist, durch die brutale Unterdrückungspolitik ist es ihm gelungen, sie wirtschaftlich zu ruinieren.“

Im Schlußsatz des Schreibens wird die Hoffnung ausgesprochen, daß Herr Roske nicht dulden würde, daß in der Nationalversammlung einen solchen Menschen die Ehre abgesprochen werde, ohne daß ihm verachtet sei, sich zur Wehr zu setzen. Herzog hat sich in Herrn Roske und seinem Rechtsgefühl getraut. Herr Roske, der Hüter der bürgerlichen Reaktion der Nationalversammlung, hat der Nationalversammlung das Schreiben vorgelesen. Am 8. August ist dies Schreiben an ihn eingegangen. Er hat es bis heute noch nicht einmal erwidert. So ist der Ring geschlossen: man unterdrückt ein freies, öffentliches, oppositionelles Organ, löst dem Herausgeber an die Ehre und bereinigt ihm zuletzt noch die Würdigkeit, sich gegen die Angriffe zur Wehr zu setzen. Das nennt man „sozialistisch-demokratische“ Regierung!

## Das ungarische Kabinett.

Ein ungarisches Ministerium ist nun endlich zustande gekommen. Sozialisten sind daran beteiligt, doch hofft man immer noch auf ihre Teilnahme. Es werden ihnen drei Ministerposten zur Verfügung gehalten, doch scheint es, daß sie sich nicht beteiligen werden, weil das Bürgertum, seine schärfsten Reaktionskräfte auf die Ministerstelle geht hat.

Die Ministerliste lautet: Vizepräsident Stephan Friedrich; Minister des Inneren: Martin Lohasch; Minister des Innern: Baron Siegmund Bereng; Finanzminister: Baron Öriani; Kriegsminister: General Franz Schöner. Die Regierung wird es als ihre wichtigste Aufgabe erachten, die Ordnung, die bestanden und die Vermehrung der Sicherheit herzustellen, damit die demnach auszuübenden Aufgaben für die Nationalversammlung in ruhiger Stimmung vor sich gehen können.

Auch von einer der ersten Regierungshandlungen liegt bereits eine Meldung vor. Danach stellte die neue Regierung in Budapest die Arbeitslosenunterstützung ein.

Einer der verdorbensten Kriegshelden gefolgt. Die Reuter aus Paris meldet, daß der ehemalige russische Botschafter in Frankreich und ehemalige russische Minister des Innern 330 000 Fr. in Paris gefolgt. Die nationalsozialistischen und kapitalistischen Blätter widmen ihm lange Nachrufe und gedenken der großen Rolle, die er in der Vorgeschichte des Krieges gespielt hat. Sie erinnern daran, daß er sich bei Ausbruch des Krieges demgemäß in die Hände schloß und aufrief: Das ist mein Streben, das war damals, das bei der planmäßigen Vorbereitung des Verfalls eine führende Rolle gespielt zu haben. Das russische Volk belächelte ihn mit einem millionenfachen Fluch!

Mitfahrter der deutschen Internierten aus der Schweiz. Wie aus Konstanz gemeldet wird, ist dort am 18. August der letzte Gesamttransport deutscher internierter Soldaten aus der Schweiz eingetroffen. In den nächsten Tagen werden noch vereinzelte Deutsche, besonders Schweizerbunde, erwartet. Damit wird dann der letzte Internierte aus der Schweiz nach Deutschland zurückgeführt sein.

## Welche Internationale?

### Die Schweizer Genossen für die Moskauer!

Basel, 17. August. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung des am Sonntag abgelaufenen außerordentlichen sozialdemokratischen Parteitagess der Schweiz war die Stellungnahme zur 3. Internationalen. Dr. Kästli begründete den vom Berner Delegations-Ausschuß, sowie von der 2. Internationalen, die eben in Luzern gelangt, unterstützten und der 3. Internationale, sich Moskauer, beizutreten. Der westschweizerische Sozialistführer Drex bekannte sich als entschiedener Anhänger der Moskauer Internationale, während Nationalrat Gruber erklärte, daß der Weg des Kommunismus zum Umsturz des Protektors führe. Schließlich wurde in der Abstimmung über die vorliegenden Anträge mit 318 gegen 147 Stimmen beschlossen, der Moskauer 3. Internationale beizutreten.

Die Schweizer Genossen gingen in ihrer konsequenten Stellungnahme noch weiter. Eine spätere Meldung lautet:

Basel, 17. August. Sonntag vormittag nahm der sozialdemokratische Parteitag u. a. den Antrag des Parteivorstandes an, den Eintritt der Schweiz zum Völkerverband zu verweigern. Damit bekräftigt die Schweizer Sozialdemokratie den Völkerverband ganz richtig als Organisation zur Aufrechterhaltung des Imperialismus und Kapitalismus. Die Schweizer Sozialdemokratie steht nur für proletarische Internationale und widmet ihr allein alle Kraft.

Einen anderen Standpunkt nimmt die Mehrheit der französischen Genossen der Moskauer Internationale, unter Führung von Longuet, ein. Die Berliner Freiheit schreibt folgendes:

### Die fruchtbare Einigung.

Auf das Ersuchen unserer Delegierten in Luzern hat Genosse Longuet, einer der Führer der französischen Partei, die Hand in Hand mit einer Partei an der Konferenz dorging, folgende Aufschrift an uns gerichtet, die den Geist der Annäherung zwischen uns und den französischen und englischen Genossen kennzeichnet. Longuet spricht zwar von der „Sozialdemokratie Deutschlands“, hat aber, nach der Ermüdung von Zürichern bezeugt, die Unabgängigkeit Sozialdemokratie im Auge.

Longuet schreibt: Die Konferenz von Luzern bietet am meisten gegenüber der Konferenz von Bern einen bemerkenswerten Fortschritt dar, der sich jetzt fast in einer großen politischen Tatsache äußert: in der voll bewirkten Verständigung zwischen der sozialistischen Partei Frankreichs, die in ihrer überzogenen Weisheit durch ihre härtesten und irreführendsten Elemente vertreten wird, und der Sozialdemokratie Deutschlands, deren Haltung während des Krieges mir so sehr bewundert haben, und die das beste im deutschen Sozialismus verkörpert. Das ist eine große historische Tatsache in der Entwicklung des Protektors, die sich fruchtbar Folgen haben wird. In Bern hätte man eure gerechten Empfindungen gegen eure Reichthümer gefühlt ausüben können, um irgendeine unannehme Annäherung zwischen euch und denen zu erzielen, die während des Krieges die politischen Gefangenen eines Scheidemann und eines David gesehen sind. Unter so schwerlich vermehrte Genosse zur Einigkeit zu bringen, ist ein Werk, mit Menaudel gemeinsam zu arbeiten — um die Menaulden jenseits des Rheines zu verdammen. Diefelben haben eure Teilgenossen und Erben, die sich nicht nach dem unannehmlichen Zustand der Partei in der Schweiz und vor allem in Rußland, die unerschütterliche und unheilvolle Absonderung aufgeben und den Platz an unserer Seite, den sie niemals hätten verlassen sollen, wieder einnehmen, damit wir die Internationale aus festen revolutionären Grundlagen wieder aufbauen können, wie es heute dringender als je die großen historischen Aufgaben, die ihrer jetzt harrten, erfordern.

Die Konferenzen der Freiheit belegen, daß sie dieser Haltung zustimmen und in einem Hinblick der U. S. P. an die Moskauer Internationale beizutreten. Es erscheint notwendig, daß die Partei auf einem Parteitag eine Entscheidung trifft.







Der tägliche Raub!

Der Raub hat und die Bittre schreit - das ist augenblicklich die politische Situation im Regierungsbereich Merseburg. Raum ein Tag vergeht, an dem nicht eine Gewalttat der Rotschergen gemeldet wird. Die "Strafpatrone", die nach der Revolution in die ersten... (text continues)

Wenn die Rotschergen sich selber bei Lehungen gegenseitig... (text continues)

In St. Ulrich bei Mücheln, südwestlich Merseburg, ist am 10. August 1918 nachmittags aus einer Maschinen-Werkstatt... (text continues)

Das ist die Darstellung der Rotschergen selber! Hier und ist das ein neuer Beweis, daß man leistungsgerechtes ganz unerschütterliches... (text continues)

Darleh zu gemeinschaftlichen Zwecken

Der Arbeitsbeschäftigungsamt Sachsen-Anhalt in Merseburg in größerer Umfang hergeben. Die Einrichtung... (text continues)

Wer sich nicht überlegen will, der soll sich nicht überlegen... (text continues)

Wie eine Anklage an eine riesige Zahl erscheint plötzlich die primäre... (text continues)

Der Bundesrat hat am 10. August 1918... (text continues)

Die Landesbeschäftigungsamt Sachsen-Anhalt hat zum 40... (text continues)

Für eigene Anhalten (Krankenhäuser, Heilstätten, Erholungs-... (text continues)

See- und Gebietsfreie Handelsfl.

Die Ortsvereine der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei... (text continues)

J. A. Franz Güth, Bismarckstr. 47, Gießen, Klosterplatz 47.

Landarbeiterstreik im Harz.

Wie aus Braunshweig bekannt wird, sind die Landarbeiter des... (text continues)

Merseburg. Versammlungsbericht. Am 13. August... (text continues)

Der Arbeitsbeschäftigungsamt Sachsen-Anhalt in Merseburg... (text continues)

Am 13. August 1918... (text continues)

Am 13. August 1918... (text continues)

Esam liegt es aber! Die Landarbeiterschaft kann sich nicht... (text continues)

Stensburg. Ratteiligung. Man einigte sich zunächst dahin, daß... (text continues)

Ergebn. Gemeinderatsentscheidung. In die Einzahlungs... (text continues)

Landarbeiterstreik im Harz. Wie aus Braunshweig bekannt wird, sind die Landarbeiter... (text continues)

Die öffentliche Meinung ist... (text continues)

Paul Hennig.







